

Kramener Zeitung

Vollstreund für Kamen und Umgegend verbunden mit der Märkischen Zeitung.

Nr. 198 (1. Blatt)

Donnerstag, den 24. August 1922

50. Jahrgang.

Die Berliner Reparationsverhandlungen.

(TU) Die Verhandlungen mit den Vertretern der Reparationskommission werden nach wie vor in engstem Kreise geführt. Über die Ergebnisse wird von zuständiger Stelle Zurückhaltung bewahrt. Mittelsungen, die in der Presse über einzelne Punkte erschienen, sind auf Kombinationen zurückzuführen. Es trifft nicht zu, daß ein vorläufiger Abschluß erzielt worden sei. Auch ist das Stadium der Verhandlungen nicht derartig, daß ein Abbruch im Augenblick in Frage kommen kann. Die Verhandlungen werden fortgesetzt. — Gestern nachmittags 4 Uhr fand eine Sitzung des Reichskabinetts statt, an der nahezu alle Minister teilnahmen. Die Beratungen betrafen die österreichische Frage und die gegenwärtige Lage des Reparationsproblems.

Die deutschen Gegenvorschläge überreicht.

Die Gegenvorschläge der Reichsregierung sind den Delegierten Mauchaire und Bradbury in einer neuen Sitzung überreicht worden, die in der Reichskanzlei gestern Abend von 6 bis 10 Uhr stattgefunden hat. Beide Delegierten bestanden nach Schluß der Sitzung in engem Kreise darüber beraten haben, wie die Vorschläge der deutschen Regierung aufzunehmen seien. Soweit wir unterrichtet sind, ist heute wieder eine Zusammenkunft der beiden Delegierten mit dem Reichskanzler vorgesehen, und es ist möglich, daß hierbei die Antwort auf die deutschen Vorschläge erfolgen wird.

Italien rückt von Frankreichs Gewaltpolitik ab.

(TU) Die „Stampa“ macht in einem Leitartikel darauf aufmerksam, daß die Haltung Italiens in der Reparationsfrage von der Poincaré'schen Himmelfahrt verschieden sei. Es sei ein großer Fortschritt, zu glauben, daß man von der Solidarität der italienischen und französischen Reparationsinteressen sprechen könne. Wenn auch Italien den Standpunkt vertrete, daß es seine Schulden an die Verbündeten nur im Verhältnis der von Deutschland eingehenden Reparationen zahlen könne, so könne es doch keine Politik machen, die auf den Bankrott und die Vernichtung Deutschlands abzielt, nur um Frankreich zum wirtschaftlichen und politischen Herrscher des europäischen Kontinents zu machen. Seine Politik der vernünftigen Gewalt müsse Europa in kurzer Zeit ins Verderben stürzen. Was die jüngste Rede Poincaré in Versailles anbelangt, so sei diese Rede die Rede vom Tag gegen das deutsche Volk.

Die Berliner Besprechungen mit dem österreichischen Bundeskanzler.

(TU) Der Besuch des Bundeskanzlers Dr. Seipel und des ihn begleitenden Finanzministers Segur hat gestern nachmittag mit der Abreise der österreichischen Herren seinen Abschluß gefunden. Die Besprechungen mit der Reichsregierung trugen den Charakter einer herzlichen, nachbarlichen Freundschaft. Die vorgesehene von dem österreichischen Gesandten Medel geleiteten politischen Verhandlungen wurden gestern mittag vor einem Frühstück, das der Reichskanzler den Vertretern der österreichischen Regierung gab, fortgesetzt und nachmittags zu Ende geführt. Den Besprechungen wohnten auch die Finanzminister der beiden Staaten und der Reichsinnenminister bei. Der Bundeskanzler erklärte ausführlich die Lage, wie sie sich vom politischen und wirtschaftlichen Standpunkt aus für Österreich nach dem Ausgang der Londoner Konferenz ergeben hatte. Die Besprechungen ergaben völlige Übereinstimmung darin, daß Österreich bis zur Erledigung der Kreditfrage trachten müsse, durch wirtschaftliche Maßnahmen, bei denen es naturgemäß auch auf die Unterstützung seiner Nachbarn angewiesen ist, in der Zwischenzeit über die gegenwärtigen Schwierigkeiten hinwegzukommen. Im Hinblick hierauf wurde eine Reihe von Einzelheiten erörtert, wobei von deutscher Seite volle Bereitwilligkeit hervorbrach, im Rahmen des eigenen Könnens dem bedrängten Bruder Volk, wo irgend möglich, Hilfe zu leisten. Weitere Verhandlungen über die sich ergebenden konkreten Aufgaben schloßen sich an die Berliner Besprechungen an.

Nach einer weiteren Mitteilung haben die Verhandlungen zwischen dem Bundeskanzler Dr. Seipel und dem Reichskanzler Dr. Brüning ergeben, daß eine finanzielle Hilfe Deutschlands für Österreich aus geschlossen ist. Dagegen soll Österreich eine Unterstützung auf wirtschaftlichem Gebiet durch Lieferung von Kohlen zugesichert worden sein.

Der italienische Außenminister Scharner lud im Wege der italienischen Botschaft in Berlin Bundeskanzler Dr. Seipel ein, mit ihm in Verona am Freitag, den 25. 8. zusammenzutreffen. Seipel reist infolge dieser Einladung

Die bayerische Regierung mit ihrem Erfolg zufrieden.

(TU) Von bayerischer amtlicher Seite wird über das Ergebnis der Berliner Verhandlungen und die Entwicklungsgeschichte dieser Verhandlungen ausgeführt: Daß man den Gang der Verhandlungen und das schließliche Ergebnis zusammen, so läßt sich nicht leugnen, daß nunmehr Bayern zum Schutze seiner Staatlichkeit und Hoheitsrechte sehr wertvolle Sicherungen gegeben sind. Volle Befriedigung kann allerdings nur durch Aufhebung der Verordnungen zum Schutze der Republik geschaffen werden. Bayern hat daher auch erklärt, daß an seinem grundsätzlichen ablehnenden Standpunkt zum Gehege betr. den Schutz der Republik nichts geändert werde, und daß namentlich der Staatsgerichtshof kein vorläufiges, sondern ein außerordentliches Gericht ist, dessen alsbaldige Beseitigung dringend erforderlich ist. Die grundsätzlichen Bedenken gegen den Staatsgerichtshof sind durch die getroffenen Vereinbarungen praktisch zum großen Teil beseitigt. Auf dem Gebiete des Polizeiwesens sind die bayerischen Wünsche im Rahmen des Gesetzes restlos erfüllt. Die grundsätzliche Erklärung über die föderative Gliederung des Reiches ist erheblich vertieft und erweitert worden. Die zugesagte Einschränkung der Inanspruchnahme verfassungsmäßiger Zuständigkeiten ist immerhin so weitgehend, daß einer weiteren Unterschürfung und Zentralisierung ein kräftiger Damm entgegensteht. Vergleicht man das Erreichte mit dem Erreichbaren und dem Gewollten, so zeigt sich, daß für Bayern wohl kein Grund besteht, an seiner einstweiligen Sonderregelung festzuhalten. Es dürfte daher mit der demnächstigen Aufhebung der Verordnungen gerechnet werden. Angesichts des bedeutenden Erfolges, den Bayern mit seiner Politik in föderativem Sinne nicht nur für Bayern sondern für alle Länder des Reiches erzielt hat, dürfte man daraus wohl einen neuen Impuls zum Zusammenwirken mit dem Reich erwarten.

Die Schwierigkeiten der Getreideumlage.

(TU) Der preussische Landwirtschaftsminister Dr. Wendorf äußerte zu einem Pressevertreter, der ihn nach der Durchführung der Getreideumlage fragte, daß eine allgemeine planmäßige Organisation bisher nicht in Erwägung getreten sei, und daß die Getreideumlage selbstverständlich entsprechend dem Reichsgesetz durchgeführt werde, aber der Durchführung ständen große sachliche Hindernisse im Wege; einmal die ungleiche und teilweise sehr schlechte Ernte, zum anderen der festgesetzte Umlagepreis, der bekanntlich 6900 Mark pro Tonne beträgt, während jetzt im freien Verkehr bereits mindestens 1500 Mark für den Zentner bezahlt würden. Jedenfalls sei die preussische Regierung aufs eifrigste tätig, um die Brotversorgung wenigstens im gesetzlichen Umfange sicherzustellen.

Eine Reichsgrundsteuer in Naturalien?

Der oldenburgische Ministerpräsident Fahrenholtz hielt im Verband der landwirtschaftlichen Kleinrentner in Babel einen Vortrag über Kleinrentner und Volkswirtschaft, in dem er die Not des Volkes mit eindringlichen Worten vor Augen führte. Er wies auf die große Gefahr hin, die uns allen droht, wenn das Volk nicht mehr satt wird. Dann wird das Schiff, in dem wir uns befinden, mit Mann und Maus untergehen, und auch die werden mit in die Tiefe gerissen, die sich auf Kosten anderer bereichert haben. Interessant war besonders das, was Fahrenholtz über die Verringerung des Systems der Besteuerung des Landwirtschaftlichen Kulturbodens äußerte, worüber er im nächsten Monat in einer Ministerkonferenz in Braunschweig einen Vortrag halten will. Es müsse geprüft werden, ob nicht die ganze Einkommensteuer, soweit sie sich auf Grundbesitz beziehe, beseitigt werden kann, ebenso die Vermögenssteuer und die Grundsteuer der Länder und Gemeinden. An Stelle dieser Steuern könnte eine Reichsgrundsteuer in Naturalien treten, etwa so, daß, wenn z. B. jedes Hektar zwei Doppelzentner Getreide zu zahlen hätte, 1800 Millionen in Pflanzmarkt aufgebracht würden.

Der Wiederaufbau Europas und der Weltwirtschaftskongreß.

(TU) Der vierte Tag des Hamburger Weltwirtschaftskongresses wurde vom Generaldirektor der Ueberseewochs 2. Sann eröffnet. Professor

Dr. G. W. J. Bruins-Notterdam sprach über die Bedeutung eines ungehinderten internationalen Verkehrs für den Wiederaufbau Europas. Der Vortragende begann seine Ausführungen mit dem Hinweis, daß von einem wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas erst dann gesprochen werden könne, wenn in einem gewissen großen Teile Europas auf dem Gebiete des Geldwesens wieder stabile Verhältnisse eingetreten sein werden. Neben der Verarmung durch den Krieg drohen jetzt Europa ernste Gefahren aus der Tatsache, daß dieser Erdteil mit dem Verlust seines zeitweisen Vorzugs auf industriellen Gebiete rechnen muß. Unter Hinweis auf eine kürzlich von Cohnes und Sanotang geführte Diskussion glaubt der Vortragende sagen zu dürfen, daß in dem kommenden verarmten Europa das wirtschaftliche Prinzip notwendigerweise eine bedeutendere Rolle spielen müssen wird, als ehemals. Dem Gedanken des freien ungehinderten Verkehrs zwischen den Völkern kann dies nur zugute kommen. Für den behinderten Professor J. P. Artich über das Thema Friedensvertrag und Wiederaufbau im Privatrecht, sprach Geheimrat Professor Dr. A. Mendelson-Bartholdy aus Hamburg.

Gegen die Beschränkung der Pressefreiheit.

(TU) Der Reichsverband der Deutschen Presse wendet sich in folgender Entschiedenheit gegen die Beschränkung der Pressefreiheit, wie sie in den Bestimmungen des Gesetzes zum Schutze der Republik enthalten ist: Der engere Vorstand des Reichsverbandes der Deutschen Presse stellt mit Bedauern fest, daß seine dringende Eingabe vom 7. Juli d. Js. an den Reichsausschuß des Reichstages unberücksichtigt geblieben ist, und daß das Gesetz auch in seiner endgültigen Fassung Bestimmungen enthält, durch die die verfassungsmäßige Freiheit der Presse nahezu aufgehoben ist. Wie berechtigt unsere an diese Bestimmungen geknüpften Befürchtungen waren, zeigt schon die bisherige Anwendung des Gesetzes, die die schmerzlichen Bedenken leider in vollem Umfange bestätigt und die schärfsten Widerspruch herausfordert, umso mehr, als sie eine völlige Rechtsunsicherheit schafft und die wirtschaftliche Existenz der vom Verbot betroffenen Zeitungen und damit zahlreicher Journalisten und Schriftsteller auf das Schwerste bedroht. Wir können zurecht nichts anderes tun, als unseren Protest erneuern, werden aber sofort die notwendigen Vorbereitungen treffen, um im geeigneten Augenblick auf eine Revision des Gesetzes mit allen Kräften hinzuwirken. Der Reichsverband knüpft an diesen Protest folgende Mahnung: Dieser Protest gibt Veranlassung, erneut daran zu erinnern, daß der Reichsverband der Deutschen Presse alle Ausschreitungen der Polemik in der Presse auch politisch auf das Schärfste verurteilt. Wir richten die dringende Bitte an unsere Kollegen, sich in dieser für unser Volk und Vaterland so schweren Zeit der hohen Verantwortung ihres Berufes ganz bewußt zu sein.

Der sächsische Landtag.

unterbroch gestern die Ferienpause, um in einer besonderen Sitzung zu dem Volksbegehren auf Auflösung des Landtages Stellung zu nehmen. Außer der diesen Gegenstand betreffenden Regierungsvorlage stand noch ein sozialdemokratischer Antrag auf die Tagesordnung, der eine beschlossene Auflösung des Landtages vorsieht und bezweckt, daß der alte Landtag bis zum Zusammentritt des neuen Landtages diesen vertreten soll. Da dieser Antrag eine Verfassungsänderung in sich schließt, sind zur Annahme 2/3 Mehrheit erforderlich. Nach längerem zum Teil stürmischer Aussprache beschloß das Haus mit den Stimmen der drei Linksparteien, sowohl die Regierungsvorlage als auch den sozialdemokratischen Antrag zur weiteren Beratung an den Rechtsausschuß zu überweisen. Die nächste Sitzung des Landtages, in der er dem Rechtsausschuß Bericht erstatten soll, ist für die erste Hälfte September in Aussicht genommen.

Fortdauer der Judenprogramme.

(TU) Die vor zwei Tagen in Rathowitz begonnenen Judenprogramme dauern weiter an, wenn sie sich auch nicht in der gleichen Weise auswirken wie am vorgestrigen Abend und in den Nachtstunden. Junge Buryschen versammelten sich in Stärke bis zu 300 Mann auf den Straßen und drangen in die Häuser der Juden ein. Es blieb bei Mißhandlungen und Bedrohungen und einzelnen Diebstählen. In der Reichstraße drang gegen 12 Uhr mittags ein Trupp junger Buryschen in das Kellergeschäft eines jüdischen Inhabers ein und bedrohten den Inhaber so gewaltig, daß er vor Schreck einen Herzschlag erlitt und sofort starb. Die Polizei mußte mehrmals eingreifen, sobald sie sich aber zurückzog, verarmte sich die Menschenmenge von neuem. Die Polizeibehörde hat, die sonst nur mit Revolvern ausgerüstet ist, traf mit Karabinern ein. Es werden weitere Terrorakte befürchtet.

Freiwillige Unfall-Unterstützung nach Maßgabe der aufliegenden Bedingungen. Erstmalig. Monatlicher Beitrag 37 Pf., durch die Post bezogen vierteljährlich 2 Mk. 10 Pf. (Kasse vor in der Druckerei oder bei der Zeitungsgeschäftsstelle). Bei der Bestellung ist eine Kasse für die Unterzeichnung des Blattes oder auf Rückzahlung des Beitrags zu stellen.

Die polnische Polizei ist erheblich verstärkt worden. Die Großhändler, Banken und Kaufleute befürchten, daß die jetzigen Unruhen nur Vorläufer größerer Unruhen sind und halten mit den Einkäufen zurück, um dadurch der Gefahr begegnen zu können, daß durch neue Unruhen alle Lebensbedingungen abgeschnitten werden.

Korantky als Kohlenbaron.

(TU) Die Forderung der Polen auf Zuerteilung der Selbstbestimmung und der Königin-Kuhle-Grube wird offiziell zwar im Namen der Warschauer Regierung gestellt, in Wirklichkeit stehen aber geschäftstüchtige polnische und französische Kapitalisten mit Korantky an der Spitze dahinter. Die Königin-Kuhle-Grube und die Selbstbestimmung sind Eigentum des preussischen Fiskus. Falls diese Gebiete an Polen kommen, würden die somit Eigentum des polnischen Staates, der sämtliche fiskalische Gruben an ein polnisch-französisches Konzortium, an dessen Spitze Korantky als Aufsichtsratsvorsitzender steht, zur Ausbeutung auf 30 Jahre verpachtet hat.

Wüste Ausschreitungen in Wien.

(TU) Infolge falscher Gerüchte über die Ermordung des sozialdemokratischen Parteiführers Dr. Friedrich Adler kam es gestern mittag vor dem Parlamentsgebäude zu wüsten Ausschreitungen. Etwa 6000 Manifestanten versuchten das Parlamentsgebäude zu stürmen. Sie durchdrangen die Zugänge, und es gelang einem Teil von ihnen, in das Innere des Gebäudes einzudringen. Die erregte Menge konnte von der Parlamentswache nur mit Mühe von Demonstrationen abgehalten werden. Es entspann sich ein Handgemenge, bei dem sowohl auf Seiten der Demonstranten wie auf Seiten der Wache Verletzungen zu verzeichnen waren. Immerhin wurden Fenster eingeschlagen und der Eingang des Parlaments mit Eisenstangen zertrümmert. Zwei Türen wurden herausgerissen und gegen die Wache als Waffe angewandt. Dementselben Zweck dienten verschiedene Stühle und Stühle sowie andere Einrichtungsgegenstände, deren die Demonstranten habhaft geworden waren. Es gelang schließlich, die aufgeregte Menge zu zerstreuen.

Die böhmische Glasindustrie vor dem Zusammenbruch.

(W) Wie die Zeitung Sozialdemokraten meldet, steht die gesamte Glasindustrie Nordböhmens vor dem Zusammenbruch. Am Sonnabend sei mit Massenentlassungen in West- und Nordwest-Böhmen begonnen worden. Die gesamte Arbeiterkraft der Glasindustrie wurde gekündigt. Bereits 10 000 Arbeiter sind arbeitslos, über 20 000 Arbeiter nur 2 bis 3 Tage in der Woche beschäftigt. Im Riesengebirge stehen Entlassungen für die nächste Zeit bevor. Die Gewerkschaftsverbände verlangen angesichts dieser Lage von der Regierung Aufhebung der Kohlenabgabe, Verminderung der Frachttarife und Postgebühren. In den Mannesmann-Werken in Komotau verschlechterten sich die Verhältnisse nach demselben Maß derart, daß von 922 Arbeitern nur 110 durchweg voll beschäftigt sind.

Der Trennführer Collins erschossen.

In London traf die Nachricht ein, daß der Führer der irischen Freistaatsarmee General Michael Collins erschossen worden ist. Das Attentat hat ungeheure Bestürzung im ganzen Freistaat hervorgerufen. Collins befand sich auf einer Inspektionsreise, und war von einer Anzahl von Körperschützen und Soldaten begleitet, als er von einer großen Zahl irischer Irregulärer überfallen wurde. Es entspann sich ein heftiges Feuergefecht. Im Verlauf dieses Gefechtes erhielt Collins einen Kopfschuß, an dem er nach kurzer Zeit verschied. Seine letzten Worte waren: Vergeltet ihnen! — Die Blätter weisen darauf hin, daß der für kurze Zeit erfolgte Tod Collins und die Ermordung Collins fürchterliche Schläge für den irischen Freistaat bedeuten. Beide waren die Hauptunterstützer des Downingstreetabkommens auf irischer Seite und führten bisher im irischen Parlament den Kampf für das Abkommen fort. Seit Beginn der von Balera eingeleiteten Aufstandsbewegung hatte Collins die Führung des irischen Freistaatsheeres übernommen. Bei dem Mangel an führenden Persönlichkeiten werde die Wahl eines Nachfolgers schwierig sein. Offiziell wird mitgeteilt, es sei nicht unwahrscheinlich, daß das irische Parlament am Samstag zusammentreten werde. Der Chef des Generalstabes des irischen Freistaatsheeres General Richard Mulvaney hat ein Manifest an das irische Volk erlassen, in dem er es auffordert, das nicht vollendete Werk zu Ende zu führen.

Kleine Nachrichten.

Die oberhessische Zentrumspar tei erwählt ihre Anhänger in einem öffentlichen Aufruf, am 3. 9. für das Verbleiben Oberhessens bei Preußen zu stimmen. Die Vorbesprechungen über den Entwurf eines allgemeinen Beamtengesetzes sind auf den 6. und 7. Oktober vertagt worden.

Westfalen und Rheinland.

Kamen, 24. Aug. (Verschiedenes.) In der 31. Jahreshälfte vom 30. Juli bis 5. Aug. sind im Landkreise Kamen folgende Fälle von übertragbaren Krankheiten amtlich gemeldet worden: Erkrankungen an Diphtherie 1 (Anna), Genickstarre 2 (je 1 Wiescherhöfen, Herringen), Scharlach 1 (Münche); Todesfälle durch Tuberkulose 2 (je 1 Münche, Herringen). — Im ganzen Reg.-Bez. Arnsberg betrug die Zahl der Krankheitsfälle (Todesfälle eingetragener) bei Diphtherie 17, Genickstarre 8 (5), Kindbettfieber 6 (2), Ruhr 11, Tuberkulose (54), Scharlach 24, Unterleibstypus 17, Paratyphus 14, Grippe 3 (5), Körnerkrankheit 2, Kinderlähmung 1.

Der Dollarkurs, welcher vorgestern bis 1110 heruntergebrückt war, eröffnete an der gestrigen Börse infolge der neuen Gekredete Poincaré mit 1212 Mark und stieg in den Mittagsstunden über 1300. Die amtliche Notierung für Rubelauszahlung Neuport stellte sich auf 1298,95/1301,65 Mark.

Die neue Partei.

Auf einer am Montag in Dortmund stattgefundenen Delegiertenversammlung der kürzlich neugegründeten christlich-sozialen Volksgemeinschaft, die sich bekanntlich aus katholischen und evangelischen Mitgliedern zusammensetzt, wurde der Provinzialverband für Westfalen-Rheinland und Lippe-Deimold endgültig gewählt. 1. Vorsitzender ist Schreinermeister Heinrich Gypel, Bochum, 2. Vorsitzender Gewerkschaftsführer H. Meise, Bochum. Zum Vorsitzenden des provisorischen Zentralverbandes für Deutschland wurde Postmeister Nies, Werden, einstimmig gewählt. Das Programm der christlich-sozialen Volksgemeinschaft wurde sodann endgültig festgelegt. Die Partei besitzt bereits ein eigenes Wochenblatt, „Die Volksgemeinschaft“. Katholische und evangelische Geistliche stehen der Partei sehr sympathisch gegenüber und haben auch bereits ihre Unterstützung zugesagt. Das Programm der christlich-sozialen Volksgemeinschaft, die auf dem Boden der demokratisch-republikanischen Staatsverfassung steht, ist im großen und ganzen das gleiche wie das der Steierwald seinerzeit in Essen für die von ihm gedachte neue Partei bekanntgegeben. Die christlich-sozialen Volksgemeinschaft stellt bereits bei den kommenden Wahlen überall eigene Kandidaten auf.

Die Getreideumlage 1922 für die Provinz Westfalen.

Der Vorsitzende der westfälischen Landwirtschaftskammer, Frhr. v. Ledebur, hat an den Staatskommissar für Volksernährung in Berlin und an den Oberpräsidenten Gronowitz eine Eingabe gerichtet, daß von einem voraussichtlich verfügbaren Ernteüberschuß von 1.815.297 Doppelzentnern das Provinzialumlagegeld von 993.000 Doppelzentnern geleistet werden soll, wonach nach Vollerfüllung des Umlagegeldes nicht weniger als 75,72 Prozent des Getreideüberschusses auf die Umlage entfallen. In Westfalen kommen viermal soviel Getreideanbauflächen auf die Kleinbetriebe, als beispielsweise in Pommern. Ob diesem Umstand bei der Verteilung auf die Länder begw. Provinzen genügend Rechnung getragen wird, erscheint mehr als zweifelhaft, da sonst ein so hohes Umlagegeld für Westfalen nicht hätte herauskommen dürfen. Die finanzielle Entschädigung für das Umlagegetreide sei unter den jetzigen Verhältnissen auch nicht im entferntesten ausreißend, damit die Landwirtschaft die Ertragsmittel beschaffen kann, für die in dem Umlagegetreide verloren gegangenen Betriebsmittel. Die Landwirtschaft Westfalens bekommt nach dem gesetzlich festgesetzten Umlagepreise von 690 Mark Doppelzentner Roggen für das erste bis zum 31. Oktober fällige Drittel der Umlage in Höhe von 332.000 Doppelzentnern im ganzen den Betrag von 229.080.000 Mark, während sie zum Beispiel nach der Bärennotiz zu Dortmund vom 27. Juli ds. Js. erhalten müßte 672.300.000 Mark, so daß der Landwirtschaft Westfalens ein Einnahmeverlust von 443.220.000 Mark entzogen wird, der als eine Sondersteuer der Landwirtschaft der Provinz im Interesse der Allgemeinheit anzuprehen sei. Die Notwendigkeit der Gesetzesänderung betr. Preisfestsetzung sei besonders unter dem jetzigen Marktlage aus für das erste Drittel der Umlage unabweisbar. Werde die Umlage 1. Provinz Westfalen von 993.000 Doppelzentnern nicht ganz wesentlich herabgesetzt, wie es dem Vernehmen nach im Rheinland schon aus gleichen Verhältnissen geschehen sei, so würden die Folgen für Staat und Allgemeinheit unübersehbar sein. Die Mitarbeit der Landwirtschaftskammer habe bisher stets dem gerechten, ausgleichend gegolten, werde dieser nicht ermöglicht, dann müsse die Mitarbeit aufhören.

(Zur Milchpreisfrage.) Der westfälische Milchpreisausschuß hielt in diesen Tagen in Hamm eine Sitzung ab. Ihr wohnte auch Oberpräsident Gronowitz bei. Er stellte mit, es schwebten Verhandlungen, um aus dem Preisungsgebiet Ostabrick, der Provinz Westfalen und dem unbefestigten Rheinland ein einheitliches Preisgebiet zu schaffen. Da die Vertreter der Verbraucher mit einer Ausnahme wegen der Kürze der Radefrist wohl nicht hätten erscheinen können, bitte er, den neuen Septembermilkpreis erst in einer späteren Sitzung festsetzen zu wollen. In gleichem Sinne sprachen andere Herren. Die beschließende Versammlung tritt am kommenden Donnerstag nochmals zusammen. Der Presse soll dies mitgeteilt werden, mit dem Zusatz, daß ab 1. September auch für die Provinz Westfalen eine erhebliche Milchpreiserhöhung eintreten wird, bis dahin bleibt es bei den bisherigen Vereinbarungen. Gutsbesitzer Hilschhoff-Wormsberg-Dele regte unter Zustimmung aller Anwesenden an, daß eine großzügige Hilfsaktion zur Verbilligung von Milch und

Brot für die Minderbemittelten mit aller Beschleunigung eingeleitet würde, da viele Kreise diese hohen Preise, die nicht in der Gegend der Produzenten, sondern in der allgemeinen ungünstigen Teuerung, der Marktentwertung, der Produktionskostensteigerung usw. ihre Ursachen hätten, nicht zahlen könnten. Soffentlich fällt diese Anregung auf fruchtbaren Boden, damit der unverschuldeten Not recht bald gesteuert werden kann!

Keine Nachprüfung der Entscheidungen des Mieteinigungsamts.

Durch „Mietvertrag“ vom 1. November 1914 überließ der Hausbesitzer L. in Gumbinnen den Beklagten die Räume im ersten Stockwerk und im Erdgeschoß seines Hauses in Gumbinnen als Wohnung und zum Betrieb einer Konditorei und eines Kaffeehauses. Der Vertrag lief zunächst bis zum 1. Oktober 1918, wurde dann aber bis zum 1. Oktober 1921 verlängert und für diesen Termin im März 1921 gekündigt. Da die Mieter sich weigern, die Räume zu verlassen, erwirkte der Vermieter eine Genehmigung des Mieteinigungsamts und erhob darauf die Räumungsklage.

Das Landgericht Gumbinnen wies die Klage ab. Zagegen erlangte das Oberlandesgericht Königsberg zu Gunsten des Klägers auf Zurückgabe aller Räumlichkeiten. Die Revision der Beklagten ist ohne Erfolg geblieben und vom Reichsgericht mit folgenden Entscheidungsgründen zurückgewiesen worden: Das Berufungsgericht steht in dem „Mietvertrag“ eine Verbindung von Miets der Wohnräume und Raht der Geschäftsräume und erstet zu einer wirklichen Kündigung der Miets nach § 6 der Mietschutzverordnung (M.Sch.V.) und den nicht näher bezeichneten örtlichen Vorschriften. Die Zustimmung des Mieteinigungsamts (M.E.) für erforderlich, von der infolge der Einseitigkeit des Vertragsverhältnisses auch die Wirksamkeit der Kündigung bezüglich der Geschäftsräume abhängt. Dann stellte es fest, daß die Genehmigung des Mieteinigungsamts durch einseitige Anordnung seines hierfür zuständigen Vorsitzenden vom 23. Februar 1921 erteilt und diese Anordnung durch Beschluß des Mieteinigungsamts selbst vom 21. August 1921 bestätigt worden sei. Danach war das Räumungsverlangen des Klägers berechtigt. Die Revision kann nicht geführt werden. Die Entscheidungen des M. E. sind nach § 7 S. 2. D. unanfechtbar und dürfen daher keine Nachprüfung der Ordnungsmäßigkeit des vom Mieteinigungsamt beobachteten Verfahrens. Freilich war es nicht als ein Beschluß des Mieteinigungsamts anzusehen, wenn, wie die Revision als Beispiel anführt, drei beliebige Personen als „Mieteinigungsamt“ zusammengetreten wären und eine Entscheidung getroffen hätten. Um einen solchen Fall handelt es sich hier aber nicht. Das Mieteinigungsamt war, wie das Berufungsgericht festgestellt und die Revision nicht bestritten, bei seiner Entscheidung mit dem Vorsitzenden und zwei Mitgliedern besetzt, die sämtlich von der zuständigen Verwaltungsbehörde zur Ausübung dieses Amtes berufen waren. Die Beklagten behaupteten, der Vorsitzende habe nicht die Befähigung zum Richteramt oder zum höheren Verwaltungsdienst gehabt, und der als Hausbesitzer zugezogene Richter sei zugleich Mieter gewesen. Allein die Beobachtung der für die Berufung der fraglichen Personen maßgebenden Vorschriften war, wie das Berufungsgericht zurecht annimmt, ausschließlich Sache der zuständigen Verwaltungsbehörde und entzieht sich der Nachprüfung durch die Gerichte. (Mitt. Nr. 11 656/21. — 19. Juni 1922.)

Wie der „Vorwärts“ meldet, beginnen am Donnerstag in Berlin die Verhandlungen über die neuen Lohnforderungen der Bergarbeiter. Die Arbeiterorganisationen beabsichtigen eine Erhöhung der Löhne um 130 bis 140 Mark pro Schicht zu fordern. Im Anschluß an die Lohnverhandlungen sollen Verhandlungen über ein Lebensfähigkeitsabkommen erfolgen.

Der Verband von Ortskrankenkassen in Westfalen hielt in Dortmund einen außerordentlichen Verbandstag ab, der von 33 Klassen mit insgesamt 55 Vertretern besetzt war.

(Sprachverfahren in Versorgungssachen.) Vor dem 1. Februar 1922 konnten die Versorgungssachen, soweit es sich um die vor dem Reichsversorgungsgesetz erlassenen Militärversorgungsgesetze handelte, nur darüber entscheiden, ob und in welcher Höhe Versorgungsgeheimnisse überhaupt zu finden, dagegen nicht darüber, in welcher Höhe die festgestellten Geheimnisse tatsächlich ausgegahlt werden mußten. War z. B. freilich, ob ein Teil der Geheimnisse mit Rücksicht auf sonstiges Einkommen, auf eine Anstellung im Zivildienst usw. zu „ruhen“ hatte, d. h. nicht auszu zahlen war, ob bereits gezahlte Vorzuschüsse anzurechnen oder Beträge zur Deckung von Ueberhebungen einzubehalten waren, so mußte Klage vor den ordentlichen Gerichten (Landgericht, Oberlandesgericht, Reichsgericht) erhoben werden. So konnte es geschehen, daß außer dem Versorgungsamt oder Hauptversorgungsamt in derselben Angelegenheit zunächst die Spruchbehörden der Reichsversorgung in zwei Instanzen und dann die ordentlichen Gerichte in drei Instanzen zu entscheiden hatten. Das Gesetz über das Verfahren in Versorgungssachen vom 10. Januar 1922 hat diesen unerwünschten Zustand beseitigt. Vom 1. Febr. 1922 ab ist in Versorgungssachen die Anrufung der ordentlichen Gerichte allgemein ausgeschlossen. Die Versorgungsgerichte und das Reichsversorgungsgesetz entscheiden künftig auch über diejenigen Punkte, die bisher der Entscheidung der ordentlichen Gerichte vorbehalten waren. Soweit allerdings am 1. Februar 1922 Klagen vor den ordentlichen Gerichten bereits anhängig waren, werden sie vor diesen zu Ende geführt.

(Die Erhöhung der Gütertarife.) Mit Rücksicht auf das schnelle Sinken des Geldwertes sowie darauf, daß zum 1. September die Güter- und Erzeugnisfrachten sich um 60 Prozent erhöhen, wird die für den 1. Oktober vorgesehene Erhöhung der Gepäckfrachten

auf 10 Pfennig für 10 Kilogramm und ein Kilometer schon am 1. September in Kraft treten. Die Gepäckfracht wird am 1. Oktober um weitere 50 v. H. auf 15 Pfennig für 10 Kilogramm und ein Kilometer erhöht. Die Mindestfracht beträgt 15 Mark.

Kraftfahrpostfahrten will die Reichspost einrichten. Sie sollen an die Stelle der teuren und weniger leistungsfähigen Pferde treten. Mehrere Kraftwagen einfacher Bauart sollen zwei Fahrgäste und einige hundert Kilogramm befördern. Sie sollen Runds- und Schleifenfahrten bei einer täglichen Wegeleistung bis zu 60 Kilometer und einer durchschnittlichen Stundengeschwindigkeit von etwa 15 Kilometer ausführen. Abwärts liegende Verkehrsanstalten und schlechte Wege sollen mit Fahrrad, Hilfsmotor oder zu Fuß bedient werden. Im allgemeinen ist eine einmalige Postverbindung täglich geplant. Zurzeit wählt man die geeigneten Wagen.

(Wege-Einziehung.) Der neben der Schraalampfen-Befestigung der führenden Weg von der Bahnhofstraße zur Markt soll eingezogen werden. Dafür wird die neue Bahnhofstraße, d. h. die Zufahrtsstraße zum projektierten Bahnhofsbau aufgeschüttet und als Weg hergestellt werden.

Die besten Verordnungen und Verfügungen nützen nichts, wenn das Publikum selbst nicht bestrebt ist, auf die Annehmlichkeit zu achten. Von der Preisprüfungsstelle wird, so wird uns geschrieben, an jedem Markttage am Rathaus ein Aushang, auf welchem die Preise für inländisches Obst und Gemüse angegeben sind, angebracht, der aber vom Publikum leider zu wenig Beachtung findet. Die Preisprüfungsstelle ist bestrebt, auf diese Art das Publikum vor übertriebenen Forderungen zu schützen. Es ist aber mehrfach beobachtet worden, daß das Publikum selbst dazu übergeht, höhere Preise zu zahlen als die festgesetzten, um nur schnell und möglichst viel an Mitteln, die nicht reichlich angeboten werden, zu bekommen. Die Preisprüfungsstelle richtet deshalb die Bitte an das Publikum, sie in ihren Bestrebungen nach Kräftigen zu unterstützen und nur die auf dem Aushang, als angemessen festgestellten Preise, beim Kauf zu bewilligen.

(Geleitete oder ungeteilte Unterricht.) Um die Frage, ob für die Folge geleiteter oder ungeteilter Unterricht an den Volksschulen (das heißt, ob der Nachmittag vom Unterricht frei sein soll, oder nicht) eingeführt resp. beibehalten werden soll, ist ein stiller Kampf unter den Mitgliedern der Elternbeiräte entbrannt. Die Elternbeiräte der Auguste Viktoria-Schule und der Josephschule hatten sich in ihrer Mehrheit für den ungeteilten Unterricht eingesetzt, indem sie anführten, daß die weiter wohnenden Kinder besonders zur Winterzeit den Schulweg nicht zweimal in nassen Kleidern, Schuhen und Strümpfen zu machen brauchen, daß die größeren Kinder den Eltern des Nachmittags zur Hand gehen könnten usw. Erreicht wurde, daß der Landrat unter dem 19. 4. 21 den ungeteilten Unterricht für ein Jahr an der Auguste Viktoria-Schule und an der Josephschule genehmigte und weiter unter dem 25. Februar 1922 den ungeteilten Unterricht an diesen beiden Schulsystemen dauernd genehmigte. Dagegen fand sich an der Wilhelmsschule eine Mehrheit für die Meinung, daß es nicht und es nicht hier im Gegensatz zu den anderen Systemen bei dem geteilten Unterricht, von den Gegnern der ungeteilten Unterrichtszeit wird besonders angeführt, daß die Kinder bei fünfminütiger Lehrzeit zu sehr ermüdeten und gesundheitliche Bedenken beständen. Eine Eingabe des Lehrkörpers der Wilhelmsschule an die Schuldeputation, sich mit dem Elternbeirat ins Benehmen zu setzen zur Erwirkung des ungeteilten Unterrichts, damit eine Einseitigkeit der Unterrichtszeiten erreicht werde, brachte den Stein ins Rollen. Einige Mitglieder des Elternbeirates der Wilhelmsschule wandten sich beschwerdeführend an den Regierungsverordnungspräsidenten. Daraufhin hat der Landrat folgendes Schreiben an den Bürgermeister unserer Stadt gerichtet, das dieser wieder an die Elternbeiräte schriftlich übergab: „Um eine dringende notwendige Einseitigkeit in der Frage, ob an allen Schulen der Stadt Kamen geleiteter oder ungeteilter Unterricht einzuführen ist, herbeizuführen, erlaube ich eine neue Äußerung der Elternbeiräte über die strittige Frage herbeizuführen. Da nach Erlass vom 5. Novbr. 1914 die Zuständigkeit der Elternbeiräte auf Förderung von Wünschen und Anregungen des Elternbeirates bezieht, diese sich aber in der Frage des ungeteilten Unterrichts zu widersprechen scheinen, dürfte eine Anhörung der gesamten Elternschaft der drei Schulen angebracht scheinen, nach deren Ausfall ich im Auftrage der Regierung den Unterricht an allen Systemen entweder geteilt oder ungeteilt anordnen werde.“ Die Elternbeiräte haben nun am Sonntag getagt und die Frage nochmals geprüft. An der Josephschule war nur ein Mitglied gegen den ungeteilten Unterricht, von den Mitgliedern der Elternbeiräte der beiden egl. Schulen stimmten nach langer Debatte 11 für und 9 gegen den ungeteilten Unterricht. Demnach wird man die gesamte Elternschaft versammeln und dieselbe soll (i.) dann endgültig für oder gegen die Erneuerung entscheiden.

Kamen, 24. August. Niesenschiebungen bei der hiesigen Bergmannsfriedung ist die Polizei auf die Spur gekommen. Dem Vernehmen nach sind alle nur erdenklichen Baumaterialien verschoben worden. Ferner sind durch Beamte des Eisenbahn-Niederwachsdienstes fünf Personen wegen Kohlen- und anderen Schiebungen festgenommen und dem Untersuchungsrichter beim Landgericht Dortmund zugeführt worden. Wie gemeldet wird, zieht die Angelegenheit noch weitere Kreise und sind in dieselbe mehrere Stadtbekannte Persönlichkeiten verwickelt.

Dortmund, 23. Aug. (Verschiedenes.) Die in Hagen gedruckte kommunistische Arbeiterzeitung für den Dortmunder Bezirk wurde vom Oberpräsidenten wegen wiederholt erprobten Vorwurfs des Hochverrats gegen die bayerische Regierung und wegen Herabwürdigung von Mitgliedern der Reichsregierung auf die Dauer von drei Wochen

verboten. Das gleiche Verbot richtet sich gegen die Hagen Tribüne in Hagen. — Die Eisen- und Stahlwerk Gesellschaft Aktien-gesellschaft beabsichtigt einen weiteren Ausbau ihrer Werksanlagen. Sie hat das Enteignungsrecht hinsichtlich der dazu nötigen Grundstücke erhalten. — Wegen Mietsfreitigkeiten entstand unter den Einwohnern des Hauses Doppelstraße 24 eine Schlägerei, bei welcher die Ehefrau Beschlamm durch mehrere Dolchstiche derart verletzt wurde, daß sie starb. Der Täter, ein Maurer Pönnitz, wurde verhaftet. — Schon wieder hier ein schwerer Straßenraub zu verzeichnen. Auf der Hofenstraße wurde ein Kaufmann von 6-7 Jahren überfallen und seiner Brieftasche mit Inhalt beraubt. Einige der Straßenräuber hielten den Überfallenen fest, während die anderen ihn ausplünderten. — Aus einem Geschäft an der Rheinischen Straße wurde durch Einbruch ein Koffer mit Werten von 10.000 Mark gestohlen.

(—) Hörde, 24. August. (Verschiedenes.) Auf der Zeche „Glückauflegen“ ereignete sich Montag morgen ein tödlicher Unglücksfall, indem der Aufschutthauer J. Nikolaus Sand, Benninghofstraße hier, selbst, in den Stapel abstürzte und dabei einen Schädelbruch zuzog. Der Verunglückte, der 59 Jahre alt und verheiratet ist, wurde an der Unfallstelle tot aufgefunden. — Gestohlen wurden einem Manne, der in einem hiesigen Hotel die Bekanntheit einer „Dame“ gemacht hatte, eine Brieftasche mit 25.000 Mark, 3 Wechsel über 61.000 Mark und 2 Ringe; die Täterin ist bis heute noch unbekannt. — Die Dienstmagd G. war seit 3 Tagen bei einem hiesigen Metzgermeister in Stellung und hatte sich während dieser kurzen Zeit bereits 5 Kleidungsstücke im Werte von 15000 Mark angeeignet; sie wurde verhaftet.

Wipperf, 23. Aug. (Schreinerwerkzeug gestohlen.) In den Nächten vom 19.-21. d. M. wurden dem Schreinermeister Jöhler aus Wipperf aus einem Kasten in der Schillerstraße hier 3 Hobel, 2 Stechseilen, 1 Bohrwinde mit 2 Bohrern, 1 Fuchschwanzsäge, 1 Handzange, 2 Winkel, 2 Fitzschneisen, 1 Wälzstein und 1 Schiefel entwendet.

? Bochum, 23. Aug. (Trauriges Beib.) In einem Hause an der Bechenstraße hat sich eine erst 16-jährige Ehefrau erhängt. Die Veranlassung sollen unglückliche Wohnungsverhältnisse gegeben haben.

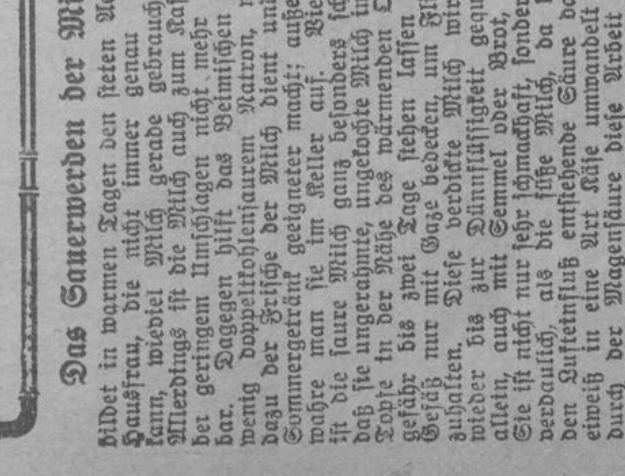
? Weimar, 23. Aug. (Schiebungen auf der Zeche „Engelsburg“.) Schon seit längerer Zeit sind auf der dem Bochumer Verein gehörenden Zeche „Engelsburg“ umfangreiche Schiebungen vorgekommen, durch die das Werk um große Summen geschädigt wurde. Durch das Verschwinden eines Fasses Benzol, das bei einem Fuhrunternehmer in der Johannisstraße in Bochum beschlagnahmt wurde, kam man hinter das Treiben der Schiebergesellschaft. Außer Benzol ist besonders Holz verschoben worden. Mehrere Fuhrer Tannenholz und Dielen wurden in Weimar und in Bochum beschlagnahmt und der Zeche zurückgegeben. Außerdem wurden in Hattlingen bei einem Schreinermeister ausgesuchte Eichenbohlen vorgefunden, die zu einem Herrenzimmer verarbeitet waren (Diplomaten-Schreibtisch, 2 Schreibtische usw.), auch dieses Holz erhielt die Zeche zurück. Das gestohlene Gut wurde laut „Boch. Anz.“ von Arbeitern nachts auf den Schulhof der Melancthon-Schule gebracht und dort mit einem Fuhrwerk aus Bochum abgeholt. Die Diebstahls waren nur dadurch möglich, daß Zechebeamte an den Schiebungen sich beteiligten. Der Zeiger und ein Platzmeister wurden nebst den anderen beteiligten Personen von der Bochumer Polizei verhaftet und dem Untersuchungsrichter zugeführt. Hier haben sie ein volles Geständnis abgelegt.

(Ou) Herbest-Dorsten, 21. August. (Der falsche Kriminalbeamte.) In der Nacht zum 13. August wurde der Kanalarbeiter Bajer in einer Bauhütte am Kanal von einer bisher unbekannten Person überfallen und seiner Brieftasche in Höhe von über 1000 Mark beraubt. In der fraglichen Nacht wurde an die Bauhütte gelockt und von einer Person Einlass begehrt. Als B. fragte, wer das sei, wurde ihm geantwortet, es sei ein Kriminalbeamter, der ihn zu sprechen wünsche. In der Annahme, daß diese Mitteilung nicht den Tatsachen entsprach, weigerte sich B., die Türen zu öffnen. Nunmehr ging die draußen stehende Person dazu über, die Türen gewaltsam aufzubrechen. Die unbekannte Person forderte den B. auf, die Papiere zu zeigen. Es wurde ihm weiter vorgehalten, es sei eine Uhr gestohlen, und er käme in Frage, diese genommen zu haben. Nachdem Bajer seine Uhr gezeigt hatte, wurde ihm diese mit dem Bemerkten zurückgegeben, daß die Uhr nicht in Frage komme. Als B. seine Uhr wieder eingesteckt hatte, griff die fremde Person dem B. nach der Brust und schmitt mit einem Messer den Brustbeutel, welchen B. auf der Brust trug, ab und ließ damit fort. Auf das Hilferufen kamen mehrere Personen herbei, jedoch war der Täter mit seiner Wunde in der Dunkelheit entkommen.

Münster, 22. August. Ein tödlicher Unglücksfall ereignete sich am Samstag morgen am Servatitor. Ein Mann wollte einem Auto ausweichen, bemerkte aber nicht, daß diesem ein zweites Auto folgte, welches das erstere zu überholen sich anstrebte. Der Mann wurde überfahren und sofort getötet.

Lippstadt, 23. Aug. Zwei Schindler, angeblich Kaufleute, wurden hier festgenommen. Sie hatten sich in mehreren Geschäften Stoffe vorlegen lassen, ohne zu kaufen. Im Geschäft Wolf an der Rappelsstraße hatte einer in einem günstigen Augenblick ein Stilk Herrenstiefel im Werte von 10.000 Mark verschwinden lassen. Das Fehlen des Stiefels wurde aber bald bemerkt und die Ganner konnten festgenommen werden.

Essen, 22. August. (Autoverkehr nach Rußland.) In diesen Tagen gewahrt man einen Autoomnibus, der durch seine Größe und komfortable Aufmachung besonders auffiel. Wie die Aufschrift besagte, dient der Omnibus dem Verkehr mit Rußland. Seine Fahrten erstrecken sich von Odessa über Moskau und Petersburg nach Essen und umgekehrt.



Der Kreuzhof.

Nachdruck verboten) 6. Fortsetzung.

VL
Über alles schwebend, als Spiel das Dach
des Sammeltopfes vor sich erblickte. Mächtig malte
die Siebe in ihm auf und die Schwebel, Sena
wiederzugeben.

Bauer konnte sie mit einem Auftrag vorlegen und haben oder sie war vielleicht mit andern Mädchen nach St. Egidio gegangen . . .

noch dazu, als Säugetierin; denn die Bäurin,

benutzt, um zu einer Nachbarin zu gehen.

„Luftigen Steier“ zu Et. Eghdl. Und das Ge-
fährde? Du mein — wer wollte sich kümmern,

Lena saß in der Stube unter dem Hause-

„So viel zusammenreißten tut eins das Ge-

sagt sie, als sie sich neben sie auf die Bank

Wald, daß wir doch ein Streu zusammenbringen
sollen. Wir haben ja schon ein Streu mit 2 Dreiecken

am. "Gr. merkt es gleich: sie ist anders als sonst."

Unfrei. Zerlegen, mit einem Anflug von Lathen
in dem tiefen Gefäß.

„Gena“, murmelte es, nahezu, „unb
stet böse sein, daß ich so lang mit kommen bin

du bist. Gehen — es war mit dir genug, wie
weißt, es ist halt mit alles so gegangen, wie

die auch schon grüßen., und es tut ihr

hat. . . sollst sie bald einmal beimischen kommen. laßt sie dir sagen.

Er halt inne. Sana hebt den Kopf nicht und
stichelt weiter.

„Du — General — tragst mir's nach, daß ich

„Rein, Kiesel. Ströf wohl einen Grund
aufsteigen“

„Ja —“ er atmet tief auf, „den hab ich
gebohrt Generl! So viel hart it's mich ange-

kommen, dir das zu sagen . . . so viel jammern
tu ich halt vor dir . . .!"

Sie wird ganz daß die die Suppen
aber ihre Stimme klingt ruhig, als sie fragt

Das Sauwerden der Milch

bildet in warmen Tagen den besten Gausraum, die nicht immer genau kann, wieviel Milch gerade gebraucht wird. Allerdings ist die Milch auch zum Käse bei geringem Umfange nicht mehr bar. Dagegen hilft das Weimischen wenig doppeltsohltemem Wasser, wozu der Rest der Milch dient um Sommergerichte geeignet macht; auch möchte man sie im Keller aufbewahren. Ist die saure Milch ganz besonders fest und die ungetrübte, ungekochte Milch ein Trost in der Hitze des warmsten Sommers bis zwei Tage stehen lassen gefahr nur mit Sorge bedenken, um Gift zu vermeiden. Diese verdorbene Milch wird ausfallen. Diese verdorbene Milch wird wieder als zur Säuerlichkeit geun- alletzt, auch mit Semmel oder Brod, Sie ist nicht nur sehr schmackhaft, sondern verdaulich, als die süße Milch, da den Aufsteig entziehende Säure dem eimein in eine viel köstliche umwandelt durch der Magenfläule diese Arbeit

daungetroß durchgemacht. Dadurch
ist noch eine gelinde Übung eintritt,
ertragender als die Milch, eintritt.
Genuß für den Sommer geeigneter zu.
Die mangelnde Fähigkeit wieder zu
mischen ihr mangelte vor dem Ausbruch
bei, oder befreyen sie mit Zucker zu
Auch jeden Fall werden die
Gefährlichen der ersten M
nicht im verdienten Grade

Die Früchte werden in Kälten g
kühlt, in laubendem Wasser einmal
dann in kaltes Wasser eingelegt. Man
abgelassen find, mit etwas Wasser
gleichem Gewicht Zucker eine kurze
kocht, hierauf in eine Terrine gethan
dem Saft überlassen, der oben bleib
braucht kommen.

Wortloze Kämpfe. Sterzu müßt man solche Feilsche-
reit, aber möglichst weit sein. Nun ge-
hen dann die einen aus, die anderen
sind dann in kaltes Wasser, enthält
sie nach Gelassen in die Glasgefäße
Wortloze Kämpfe.

den Gewäch nach halb soviel Zucker,
knappe Dierzahl von Wasser, dämpf sie
langsam darin wohl, damit sie nicht
Zuheit nimm! man sie heraus und
den Saft noch etwas einfochen, worauf
über die Früchte gieß.

Salz und Pfeffer, noch 5 Minuten kochen lassen, 1 Tasse Buttermilch mit 1 Eßlöffel Zucker versetzen, darauf begerührt dazu gegeben, darauf 1/2 Tasse Milch, 1 Tasse Suppenbrühe, 1/2 Tasse Sahne, 1/2 Tasse Pflanzensmilch mit 1/2 Tasse Suppenbrühe und in einen Reiskud gefüllt, den man mit einem Deckel verschließt. Nach 2 Stunden aus dem Feuer nehmen, 1/2 Tasse Reis aufgießen, gewolltem Reis aufgießen.

schmack zu nehmen, hohle man sie aus
nach dem Schalen fein und lasse sie
in einer Schüssel mit Wasser $\frac{1}{4}$ l
stehen. Dann gießt man das Wasser
die Gurtenschichten aus und rührt sie
mit Salz, Pfeffer und Zwiebel in gebohr
an. Das Wasser hat den meisten
ausgegogen und die Gurte ist wieder

Statt besonderer Anzeige.

Unser lieber Vater, Schwiegervater, Großvater, Bruder und Onkel,

Herr Friedrich Grevel

wurde heute morgen 8 Uhr im Alter von fast 82 Jahren durch einen sanften Tod von seinem langen, schweren Leiden erlöst.

Im Namen der Hinterbliebenen:

Mimi Grevel
Casper Grevel u Frau
Dr. phil. Fritz Grevel
und 6 Enkelkinder.

Kamen, Ludwigsburg, Bünde, Düsseldorf, Rosengarten b. Alt-Dam, Leichlingen und Dortmund, den 22. August 1922.

Die Beerdigung findet Samstag, den 26. August, nachmittags 4 Uhr, vom Geburtshause, Königstraße 6, aus statt. Trauerfeier 1/2 Stunde vorher.

Von Beileidsbesuchen bitten wir abzusehen. 3145



Heute morgen 4 Uhr entschlief sanft nach langem, schwerem Leiden unser lieber Sohn, Bruder, Schwager, Neffe und Onkel 3149

Kaspar Lange

Im Alter von beinahe 19 Jahren.

Um stille Teilnahme bitten:

Die trauernden Hinterbliebenen.

Südkamen, Kamen, Oelde, Husen und Duisburg, den 22. August 1922.

Die Beerdigung findet am Freitag, den 25. August nachm. 4 Uhr, vom Trauerhause aus statt. Das feierliche Seelenamt findet am Freitag morgen 7 1/4 Uhr in der Pfarrkirche zu Kamen statt.

Danksagung.

Für die uns erwiesene herzliche Anteilnahme an dem Heimgang unserer lieben Entschlafenen sagen wir unsern innigsten Dank.

Im Namen der Angehörigen:
Familie Karl Nagel.

Umgepreßt

gefärbt und gereinigt

wird jeder Herren- und Damen-Gut in kürzester Zeit. r3156

Gehr. Keil, Kamen, Bahnhofstraße 57.

300 Mr. zahlen wir Gold-Flöße, Gänse, Wägen vernichtet. — Schwaben, Holzwurm, Matten, Mäuse. Zu haben bei Drogerie Klinkmann, Weststraße 1.

Ich litt seit 8 Jahren an gelblichem Ausschlag mit furchtbarem Juckreiz. Durch ein halbes Glas Zucker's Patent-Medizinale-Salbe habe ich das Übel völlig beseitigt. S. S. Polz, Serg. 3. Deutscher Zucker-Creme (nicht fälschend u. fettlos). Spezial-Dr. Klinkmann, Drogerien u. Parfümerien. In Kamen in der Germania-Drogerie, bei Herrn Jakob, Filiale: Bergkamen und 26. West-Drogerie.

Bruchtrante
können ohne Operation und Berufsstörung geheilt werden. Sprechstunde in Dortmund, Hotel Stadt Dortmund, Lütgebrückstr. 5 am Dienstag, 1. August, von 4 bis 6 Uhr nachm. Dr. med. Knopf 5425 Spezialarzt für Bruchleiden.

Spiellarten
empfiehlt
Buchhandlung der Kamener Zeitung.

Kurgarten Bad Königsborn

Freitag, den 25. August 1922:

Abend-Konzert

von 8 1/2 bis 10 1/2 Uhr. 3148

Bestellungen

auf

Herbstkartoffeln

sowie auf sämtliche

Saatkartoffeln

nimmt entgegen 3122

Max Felske,
Bahnhofstr. 23. Telephon 265.

Um zu räumen,

verkaufen wir sämtliche

Damen - Konfektion

Damen - Hüte

weit unter heutigen Tagespreisen.

Gebr. Keil, Kamen
Bahnhofstr. 57. 3155

Lastauto

zum Kohlenfahren
verfügbar.

Offerten an

3139

Baubüro Frühling

G. m. b. H.

Kamen i. Westf.



Der an der Nordwestseite der Schroellkamp'schen Besitzung Flur 18 von der Bahnhofstraße zur Mersch führende Weg soll eingezogen werden.

An Stelle dieses einzuziehenden Weges wird die Zufahrtsstraße zum projektierten Bahnhofsneubau aufgeschüttet und als Weg hergestellt.

Gemäß §§ 56 und 57 des Zuständigkeitsgesetzes vom 1. August 1883 wird dieses Vorhaben zur öffentlichen Kenntnis gebracht mit der Aufforderung, etwaige Einsprüche innerhalb 4 Wochen vom Tage der Veröffentlichung bei der unterzeichneten Wegpolizeibehörde schriftlich anzubringen. Der Plan liegt auf dem Stadtbauamt, Zimmer Nr. 15, in den Dienststunden zur Einsichtnahme offen. 3150
Kamen, den 21. August 1922.
Die Wegpolizeibehörde: gez. Dr. Wiesner.

Bücher für Jedermann.

Polterabendscherze
und Hochzeitsaufführungen zum Vortragen für einzelne u. mehrere Personen.
Preis Mk. 6.75 und 20%

Moderner Liebesbriefsteller
Preis Mk. 3.75 und 20%

Moderner Muster-Briefsteller
Preis Mk. 7.50 und 20%

Bewerbungsschreiben
die Erfolg versprechen, für stellsuchende Mädchen u. Frauen.
Preis Mk. 2.25 und 20%

Handelskorrespondenz

Ein praktisches Hand- und Hilfsbuch für junge Kaufleute etc.
Preis Mk. 15.- u. 20%

Die Wahrsagekunst
Offenbarung der Zukunft aus den Karten.
Preis Mk. 5.25 und 20%

Kartenspielen
oder:
Du sollst und mußt lachen. Witze und Anekdoten.
Preis Mk. 7.50 und 20%

Grosses ägyptisches Traumbuch
Preis Mk. 5.25 und 20%

Polterabend und Hochzeit
Neue Kranz- und Schleiergedichte, Vorträge und Aufführungen zum grünen, silbernen und goldenen Hochzeit.
Preis Mk. 6.75 und 20%

Mr oder mich?
Der richtige Gebrauch des dritten und vierten Falles.
Preis Mk. 3.75 und 20%

Praktischer Unterricht in der einfachen, doppelten und amerikanischen Buchführung.
Ein Wegweiser für angehende Kaufleute und Gewerbetreibende.
Preis Mk. 15.00 und 20%

Tausend-Künstler
Eine Sammlung von Taschenspielerkünsten, Kartenkunststücken, Gesellschaftsspielen.
Preis Mk. 7.50 und 20%

Der Vereinskommiker
Original-Sammlung von Prosavorträgen, Couplets, humoristischen Soloszenen etc.
Preis Mk. 7.50 und 20%

Guter Ton und feine Sitte
Preis Mk. 6.00 und 20%

Neuestes Taschen-Liederbuch Mk. 6.75 u. 20%
Teuerungszuschl.

Vorrätig in der

Buchhandlung der Kamener Zeitung.

Von der Reise zurück!

Dr. Drost,
Bahnarzt.

3144



Freiwillige Feuerwehr Verche.

Samstag, den 26. August 1922, abends 6 1/2 Uhr: r3141

Gesamtübung.

Anschließend

Versammlung.

Sämtliche aktiven und passiven Mitglieder haben zu erscheinen

Der Brandmeister.

Zum 1. oder 15. September ordentliches, zuverlässiges r3147

Mädchen

ge sucht.

Restaurant Wellhausen, Bergkamen.

Ein gebrauchtes Herren-

fahrrad

zu verkaufen.

Näheres in der Geschäftsstelle.

Fahrrad

zu verkaufen.

Preis 3700 Mk.

Wo, sagt die Geschäftsstelle.

Ein

Gute

Milchziege

zu verkaufen.

Westfälen

in guter Qualität

: : empfiehlt

Buchhandlung der

Kamener Zeitung

In der Druckerel der

Kamener Zeitung

werden

Druckarbeiten jeder Art

zu Geschäfts-, Privat- und Vereinszwecken

In feiner u. moderner Ausführung auf sorgfältigste hergestellt

